

Was können Sie dagegen tun?

Wir werden uns im Rahmen der Verfassung dagegen wehren. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung. Wenn wir die islamische Ordnung einführen wollen, so haben wir dies auf demokratischem Wege zu tun.

Wird die PAS die bestehenden Abmachungen, die die frühere UMNO-Regierung in Kelantan getroffen hat, respektieren?

Wir respektieren alle Vereinbarungen. Wir haben zwar unsere eigenen Vorstellungen, die wir jedoch nicht mit Gewalt durchsetzen werden. Wir wollen uns mit unseren Partnern zusammensetzen und diskutieren. Wir nehmen uns die Zeit dazu, um neue Vorstellungen reifen zu lassen. In der Zwischenzeit müssen die Geschäfte natürlich weitergehen, das heißt, bestehende Vereinbarungen gelten nach wie vor.

Es hat proirakische Kundgebungen während des Golfkrieges auch in Malaysia gegeben. Wie steht die PAS dazu?

Es ist falsch, wenn Menschen aus dem Westen kommen und sagen: „Ihr seid für Saddam.“ Die Muslime unterstützen nicht Saddam Hussein – sie wollen nicht Opfer des neuen amerikanischen Imperialismus werden. Das unschuldige irakische Volk muß geschützt werden. Wir setzen uns für eine sichere Zukunft der Menschen im Irak ein.

Es geht doch darum, daß die Amerikaner durch die Wirtschaftsmacht der Deutschen und der Japaner beunruhigt sind. Mit der Wiedervereinigung ist Deutschland eine stärkere Nation geworden. Amerika will verhindern, daß Japaner und Deutsche das Öl kontrollieren können. Ich weiß, daß Herr Kohl und Mr. Kaifu objektiv die Opfer von Bush's neuem Imperialismus sind.

Aber die ersten Opfer sind dennoch

die Muslime. Bush hat Deutsche und Japaner dazu gebracht, gegen die Muslime zu kämpfen. Mit dem Geld, das die deutsche und die japanische Regierung für den Krieg gegeben haben, wurden die Muslime im Irak getötet.

Wir sind gegen den Krieg, wir sind nicht für Saddam, wir sind nicht für die Herrscher von Kuwait oder Saudi-Arabien. Die Menschen in der Region und in der ganzen Welt sollen die Wohltaten des ökonomischen Schatzes, den Gott zum Beispiel in Form von Öl gegeben hat, genießen. Dieser Schatz soll dem Wohle aller dienen und nicht nur der Bereicherung weniger, wie zum Beispiel Präsident Bush oder der Herrscher von Saudi-Arabien und ihrer Familien. Auch die Armen in Deutschland müssen in den Genuß der himmlischen Gaben kommen.

Die PAS hat Freiwillige für den Golfkrieg registriert. War das ein Aufruf zum „heiligen Krieg“?

Es haben sich 20.000 Freiwillige gemeldet. Sie sind jedoch nicht zum Einsatz gekommen, weil dies kein Bodenkrieg war. Wären wir mit unseren schwachen Waffen losgezogen, so hätten uns die Amerikaner auf den Mond geschossen. Und als dann der Bodenkrieg losging, war auch schon alles vorbei. Es war kein Aufruf der PAS zum heiligen „Krieg“. Den Muslimen ist im Falle eines Angriffs die Selbstverteidigung erlaubt. Es ist unser Recht, den Opfern zu helfen – das ist „heiliger Krieg“.

In welcher Form haben die malayischen Muslime den Opfern denn geholfen?

Wir haben 2 Tonnen Medizin im Wert von 50.000 US-Dollar als Hilfe für die Kurden geschickt. Das ist Hilfe, das ist Dschihad, sich Bemühen im Glauben an Allah. Islam ist eine Religion der Verständigung. Der Islam hat sich überall

auf der Welt verbreitet nicht durch Waffen, sondern durch Worte. Während des Golfkrieges waren so viele Amerikaner hier in unserem Land, sie waren jederzeit sicher. Sie kamen sogar in mein Büro, an den Ort, wo wir die Freiwilligen registrierten, um ihre Fragen zu stellen. Wir sind nicht gegen das amerikanische Volk, sondern gegen den Amerikanismus.

Gibt es einen christlich-muslimischen Dialog in Malaysia?

Wenn die anderen bereit sind zum Dialog werden wir uns mit ihnen zusammensetzen und wenn es sein muß, den Dialog Jahre lang führen. Der Islam kann nicht mit Gewalt verbreitet werden, sondern nur mit Worten.

Das Interview führte Hilde Herzog in Kuala Lumpur am 12. 4. 1991



MALAYSIA

NACHRICHTEN

Kelantans Wirtschaft stagniert

Malaiische wie chinesische Geschäftsleute im nordöstlichsten Bundesstaat auf der Malaiischen Halbinsel, Kelantan, haben es seit der Übernahme der Landesregierung durch die islamische Partei PAS in Koalition mit Semangat 46 nicht leicht. Dem ohnehin wirtschaftlich schwächsten Bundesstaat werden von der Bundesregierung in Kuala Lumpur kaum mehr noch Hilfen zuteil, denn die führende Partei der Regierungskoalition, die UMNO, hatte bei den letzten Wahlen sämtliche Sitze Kelantans im Bundesparlament und den größten Teil im Landesparlament an PAS verloren (vgl. SOAI 4/90 S.33). Subventionen und geplan-

te Finanzhilfen sind drastisch gekürzt worden, so daß geplante Investitionen von der Landesregierung ausbleiben. Sie muß äußerst sparsam sein, um überhaupt noch einen Landeshaushalt finanzieren zu können. Am stärksten sind das einheimische Baugewerbe mangels Aufträge, deren Zulieferer und Transportunternehmen betroffen. Früher wurden im Jahr Aufträge von einem durchschnittlichen Gesamtvolumen von M\$ 30 bis 40 Mio. durch die Landesregierung vergeben.

Die Finanzlage der islamisch ausgerichteten Landesregierung hat sich noch durch die Einbuße von zwei Einnahmequellen,

den Steuern auf Alkohol und Glücksspiele, verschlechtert, nachdem sie den Verkauf von alkoholischen Getränken an Muslime sowie das Glücksspiel verbot (vgl. SOAI 1/91 S.39). Ferner wurden am 4. Nov. 1990 vorerst die Vergabe von Abholzungs genehmigungen und Sägewerkslizenzen eingestellt, um den illegalen Holzeinschlag zu verhindern, was einen weiteren Einnahmeverlust bedeutete.

Wenn auch absehbar ist, daß auf Dauer die Bundesregierung in Kuala Lumpur nicht sämtliche Projekte und Investitionen in Kelantan einstellen können, so wird doch die Regierungsfähigkeit einer „islamischen“ Regierung in Kelantan auf eine harte

Probe gestellt. Ihr Programm zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme Kelantans ist die Anwerbung von ausländischen Investoren, vor allem aus Singapur, Taiwan und Hongkong, in Bereichen, die der Bevölkerung nicht schaden. Ein neu geschaffener Landesentwicklungsset soll diesen Prozeß beschleunigen. Bereits existierende ausländische Unternehmen in Kelantan sind bisher von der offenen „Islamisierungspolitik“ nicht abgeschreckt worden. Ein seit 11 Jahren ansässiger deutscher Textilhersteller, Puttmann, sieht keinen Grund deshalb seine Zelte abzubauen. Seine Exporte haben in der letzten Zeit sogar zugenommen. vgl. MB 1.6.91, S.19f

Sabah: Weitere ISA Verhaftung – UMNO gewinnt Nachwahl

Jeffrey Kitingan, Geschäftsführer der Sabah Foundation und jüngerer Bruder des Ministerpräsidenten von Sabah, Joseph Pairin Kitingan, wurde am 13.5. nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) in Kota Kinabalu verhaftet. Die Polizei verdächtigt ihn, an einer Verschwörung beteiligt zu sein, die eine Loslösung Sabahs aus Malaysia anstrebe. Mit der gleichen Begründung wurden bereits im Januar diesen Jahres der stellvertretende Geschäftsführer des Sabah Instituts für Entwicklungsforschung (Institute for Development Studies = IDS), Maximus Johnity Ongkili, und Vincent Chung, leitender Mitarbeiter der Trägerfirma der Sabah Foundation, Innoprise Corp., inhaftiert (vgl. SOAI 1/91 S.38). Ongkili wurde nach 59 Tagen Haft ohne Auflagen wieder freigelassen.

Bei vermuteter Gefährdung der Inneren Sicherheit des Landes, kann die Polizei nach ISA jeden Verdächtigen ohne Anklage und Einschaltung eines Gerichts bis zu 60 Tage inhaftieren. Auf Anweisung des Innenministers der Bundesregierung kann diese Inhaftierung auf 2 Jahre verlängert und beliebig häufig wiederholt werden.

IDS ist eine Einrichtung der Sabah Foundation und Jeffrey Kitingan war der unmittelbare Vorgesetzte von Ongkili. Jeffrey Kitingan wurde bereits Anfang 1990 wegen Korruption angeklagt, allerdings bisher noch kein Prozeß gemacht. Maximus Ongkili wurde vom Vorstand zum neuen Geschäftsführer der Sabah Foundation und damit zum Nachfolger von Jeffrey Kitingan, dessen Amtszeit am 30.4. abgelaufen war, ernannt.

Zwei Tage vor der Verhaftung Jeffrey Kitingans hatte erstmalig die bisher nur auf der Malaiischen Halbinsel aktive Vereinigte Malaiische Nationale Partei (UMNO) und führende Partei der Regierungskoalition Barisan Nasional (BN) in Kuala Lumpur in Nachwahlen im Bezirk Usukan einen Sitz im Landesparlament von Sabah gewonnen. Sie wurden nötig, da der bisherige Abgeordnete dieses Wahlbezirks, Tun Mutapha Harun, zur UMNO übergetreten ist und nach dem Landeswahlrecht damit automatisch Nachwahlen durchgeführt werden müssen.

Seit 1985 ist Sabah fest in den Händen der PBS, eine ausschließlich auf Sabah ausgerichteten Partei der überwiegend christlichen Kadazans. UMNO

hatte erst im Februar damit begonnen, ihre Aktivitäten auf Sabah auszudehnen, nachdem kurz vor den Wahlen zum Bundesparlament im Oktober 1990 BPS die BN verlassen und sich dem Oppositionsbündnis um Semangat 46 angeschlossen hatte (vgl. SOAI 4/90 S.33). UMNO stützt sich dabei auf die Vereinigte Nationale Partei Sabahs (USNO), ebenfalls Mitglied der BN und mit 12 Abgeordneten auf der Oppositionsbank im Landesparlament vertreten. Deren charismatischer Führer Tun Mustapha Harun war von 1967 bis 76 Ministerpräsident Sabahs gewesen und hatte 1985 versucht, durch eine Art Putsch die Übernahme der Regierungsgewalt durch die neu ins Amt gewählte PBS-Regierung zu verhindern. USNO hatte auf ihrem Parteitag am 21. Februar die Zusammenarbeit mit UMNO angekündigt. Große Teile ihrer Mitglieder sind UMNO beigetreten ohne das allerdings USNO aufgelöst wurde.



Beobachter sehen in dieser Entwicklung eine Veränderung des gesamten politischen Lebens und eine ethnische Polarisierung in Sabah, wie sie bereits in West-Malaysia besteht. Die Ankündigung weiterer ethnisch orientierten Parteien, die bisher nur auf der Halbinsel aktiv waren, wie die Malayan Chinese Association (MCA) und der Malayan Indian Congress (MIC), scheinen einen solchen Trend anzuzeigen.

Spannungen zwischen der Bundesregierung in Kuala Lumpur und der Landesregierung Sabahs bestehen mehr oder minder seit Gründung der Föderation Malaysias 1963. Seinerzeit als Ministerpräsident hatte selbst Tun Mustapha Harun versucht, die Eigenständigkeit Sabahs zu behaupten. Hauptstreitpunkt ist die Interpretation einer

20-Punkte Vereinbarung für den Zusammenschluß von 1963. In Sabah wurden die Punkte als Autonomie-Garantien verstanden, welche u.a. die Sprache, Religion, Erziehung, Einwanderung und Finanzen betrafen. Die Bundespolitiker sahen sie mehr als Übergangsregelungen, die allmählich abgeschafft werden würden, und Sabah (und auch Sarawak) schließlich den gleichen Status haben würde, wie die anderen Bundesstaaten. So sind inzwischen Malaiisch die offizielle Sprache und der Islam die offizielle Religion in Sabah. Die Landesregierung braucht eine Genehmigung aus Kuala Lumpur, wenn sie sich verschulden will und in führenden Positionen der öffentlichen Verwaltung sind überwiegend Malayen eingesetzt. Außerdem wurde die Insel Labuan, vor der Küste Sabahs, zum Territorium unter Bundeshoheit, wie die Hauptstadt Kuala Lumpur, erklärt. Hinzu kommt das Problem der inzwischen

über 600 000 Flüchtlinge und Einwanderer überwiegend aus den Süd-Philippinen aber auch aus Indonesien. Sie sind fast ausschließlich Muslime und führen zu einer starken Veränderung der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung Sabahs und somit auch des kulturell, politischen Einflusses.

Hauptforderungen der jetzigen PBS Regierung ist eine Lösung des Flüchtlings- und illegalen Einwanderer-Problems, die Gründung einer Universität in Ost-Malaysia, die Neuverhandlung der Verteilung der Steuern aus dem Öl-Verkauf sowie eine Überprüfung des Status der Insel Labuan. Vorwürfe von Seiten der Bundesregierung in Kuala Lumpur und explizit vom Premierminister Mahathir Mohamad, sie würde mit ihrer Politik eine secessionistische Bestrebung stärken, weist sie entschieden zurück.

vgl. FEER 21.3. S.24ff, 23.5.91 S.11f; AW 15.3.91 S.35ff; ALIR Vol.11, No.4/91 S.4ff; NST 13.-15.5.91

Kurzmeldungen

Auf einem 8 ha Gelände will die Malayan Chinese Association (MCA), Mitglied der Regierungskoalition, eine **chinesische Kulturstadt** für M\$ 5 Mio. errichten. Sie soll ein Zentrum für chinesische Literatur und Kunst werden. Allerdings wurden nach Ankündigung sofort Einwände von Seiten der Malayen und dem führenden Koalitionspartner UMNO laut. Premierminister Mahathir Mohamad erklärte dazu, daß solch ein Vorschlag genauestens geprüft werden müsse, wenn es die nationale Einheit beträfe. Die MCA gab daraufhin einem anderen wirtschaftlichen Projekt den Vorrang, ohne ihren Vorschlag zurückzunehmen. (FEER 6.6.91 S.16)

Der **Bakun Damm** wird **nicht mehr gebaut**. Dies teilte am 25.3.91 der Bundesminister für Energie, Telekommunikation/Post, S.Samy Vellu, mit. Das Kabinett habe den Beschluß wegen der erheblichen ökologischen Bedrohungen für die Umwelt durch ein solches Projekt gefaßt. Dafür würde z.Zt. an einer Durchführbarkeitsstudie für ein ähnliches Projekt am Rajang Fluß gearbeitet. (Panchar Penemu No.11 May 1991 S.9)

Seit Jahresbeginn sind **33 Menschen bei Unfällen in der Holzindustrie umgekommen**, wie die Polizei mitteilte. Ein Drittel wurde von umfallenden Bäumen oder Stämmen erschlagen, der Rest bei Stäbenunfällen tödlich verletzt oder von Bulldozern überfahren. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum im letzten Jahr hat sich die Anzahl der Unfälle fast verdoppelt. (Panchar Penemu No.11 May 1991 S.2)

Einen „asiatischen Orientexpress“ von Bangkok über die Malaiische Halbinsel nach Singapur planen die Eisenbahngesellschaften Malaysias und Thailands. Es soll sich dabei um einen Luxus-Zug nach dem Vorbild des legendären Orientexpress zwischen Paris und Konstantinopel in Europa handeln. Premierminister Mahathir Mohamad unterstützt das Projekt als Mittel um mehr Touristen nach Südostasien zu locken. Er hofft, daß dieser Zug bereits zum Touristen Jahr „Besucht-ASEAN“ 1992 in Betrieb genommen wird. (AW 3.5.91 S.60)

Kohle- und Kupfervorkommen in Sabah

Größere Vorkommen von Kohle hoher Qualität hat kürzlich eine australische Firma in Sabah entdeckt. Sie befinden sich im Maliau Tal, in der Nähe von Tawau, etwa 150 km südöstlich von Kota Kinabalu. Die Vorkommen reichten für die Herstellung von 100 Mio. Tonnen hochwertiger Kohle und würden in einer Zeit von mindestens 25 Jahren abgebaut werden können mit einem Umsatz von bis zu M\$ 10 Mrd. nach heutigen Marktpreisen. Die Regierung läßt zur Zeit eine Umweltverträglichkeitsstudie für ein solches Projekt anfertigen.

In der Bidu-Bidu Gegend im unteren Labuk Tal bei Sandakan sollen im Tagebau Kupfer abgebaut werden. Es sollen 5,5 Mio. Tonnen Kupfererz vorhanden

sein, die in 10 Jahren abgebaut werden könnten. Erst jetzt wurde bekannt, daß bereits vor 2 1/2 Jahren Untersuchungsarbeiten begonnen hatten und in diese Vorarbeiten M\$ 5 Mio. gesteckt worden waren. Die von der Landesregierung beauftragte Firma Leadstar geht davon aus, daß die Arbeiten in wenigen Monaten anfangen können. Angeblich seien die Auswirkungen auf die Umwelt vernachlässigbar. Skepsis wird von Beobachtern angesichts der verheerenden Auswirkungen auf die Umwelt des vor 14 Jahren genehmigten Kupferabbau durch die Mamut Copper Mine in Ranau angemeldet.

vgl. FEER 16.5.91 S.75; ALIR Vol.11 No.3/91 S.27ff

Kommunistenführer Chin Peng will mit weiteren Genossen zurück

Zusammen mit 400 Anhängern der Kommunistischen Partei Malayas (KPM), die nach Verhandlungen mit der thailändischen und malaysischen Regierung im Dezember 1989 ihren bewaffneten Kampf eingestellt hatte (vgl. SOAI 1/90 S.40), hat ihr legendärer Generalsekretär Chin Peng einen Antrag zur Rückkehr nach Malaysia gestellt. Dies teilte der stellvertretende Innenminister Megat Junid am 23.3.91 der Presse mit. Beamte seines Ministeriums würden nun mit ihnen Gespräche führen, um zu klären, ob eine Rückkehr zugelassen werden kann. Vermutlich finden diese in Süd-Thailand statt, wo die thailändische Regierung die Anwesenheit der KPM Mitglieder duldet. Die malaysische Regierung geht von einem Rehabilitationsprogramm in Internierungslagern aus, um sicher zu gehen, daß sie ihre kommunistische Ideologie ablegen und nicht zu kommunistischen Agenten würden.

Amnesty International (AI) zeigte sich in einer Erklärung vom April 1991 besorgt über eine solche Vorgehensweise. Sie wies auf

bereits im Dezember 1989 zurückgekehrte KPM Anhänger hin, die seitdem im Internierungslager Kamunting festgehalten werden, entsprechend der Bedingungen für Inhaftierte nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA). Nach diesem Gesetz können sie praktisch unbegrenzt in Haft gehalten werden. AI betrachtet die Kommunisten, die unter dem ISA gefangengehalten werden, als politische Gefangene, die ohne Anklage oder Prozeß verhaftet wurden, nachdem sie freiwillig auf den bewaffneten Kampf verzichtet hatten. Falls sie irgendwelche bestimmten Straftaten begangen haben, sollten sie formell vor einem Gericht angeklagt und ihnen ein fairer Prozeß gemacht oder sie sollten sofort ohne Bedingungen freigelassen werden, so AI.

Knapp 3 Wochen später, am 11.4., teilte der Polizeichef Haniff Omar mit, daß voraussichtlich die ersten 18 nach Malaysia zurückkehren dürften. Unter ihnen sei aber nicht Chin Peng.

vgl. Sunday Star 24.3.91, NST 26.3.91; Star 12.4.91; AI Index ASA 28/01/91

Bundesregierung fordert Reduzierung der Abholzung in Sabah

Der Bundesminister für Primärindustrie, Lim Keng Yaik, erwägt eine Einschränkung des Holzexportes aus Sarawak. Die Regierung will überprüfen, ob sie weiterhin die Vergabe von Abholzungs- und Holzexportlizenzen mit entsprechenden Gebühren an ein Landesministerium Sabahs delegieren wird. Eine ähnliche

Überprüfung kündigte er für Sarawak an. Das könnte bedeuten, daß in Zukunft die Bundesregierung selber die Genehmigungen für Holzexporte vergibt.

Anlaß für die Besorgnis sei ein Bericht der Weltbank gewesen, wonach Sabah bei anhaltender Abholzung bereits 1995 nicht mehr über genügend Holz verfü-

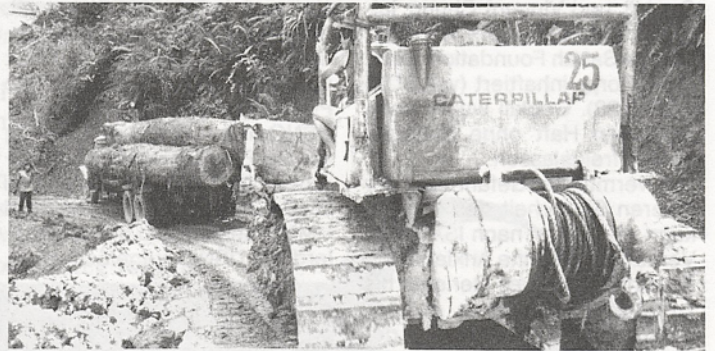
Verhaftungen bei Widerstand gegen Abholzung

In mehreren Orten Sarawaks wurden in den letzten Monaten Stammesangehörige verschiedener Orte vorübergehend festgenommen. Alle Festnahmen standen im direkten oder indirekten Zusammenhang mit zahlreichen Aktivitäten gegen Holzeinschlag in Sarawaks Urwäldern, der sowohl die Existenzgrundlage der Menschen zerstört als auch traditionelle Landrechte verletzt.

Bei Long Banyok, Baram, wurden 7 Einheimische verhaftet, weil sie geschlagene Stämme am Baram Fluß genommen hatten, um Häuser zu bauen.

wurde, daß ihre Rechte respektiert würden. Nach einer Pressekonferenz am 14.3. in Miri, auf der sie der Öffentlichkeit ihr Anliegen mitgeteilt hatten, wurden 2 von ihnen verhaftet, weil sie die Traktoren gestohlen hätten. Sechs Tage später ließ die Polizei sie gegen Kautions (M\$ 1500 pro Person) wieder frei.

In Tatu, Bintulu verhaftete die Polizei Dana ak. Chupong und 8 weitere Personen in Pasar Kain. Es lag keinerlei Haftbefehl vor. Später wurden sie wegen „krimineller Einschüchterung“ angeklagt. Am 9.4. wurden alle gegen Kautions (M\$ 3000) wieder frei-



Schwere Fahrzeuge zum Abholzen in Sarawak.

Bei Tinjar, Baram wurden am 4.2.91 zehn Personen festgenommen, weil ihre Familien Traktoren einer Abholzungsfirma 10 Tage lang blockierten, um damit einen Holzeinschlag in ihrem Gemeinschaftswald bei Ulu Sungai Pau und Ulu Semayas zu verhindern. Sie wurden wegen Landfriedensbruch angeklagt und nach 10 Tagen auf Kautions (M\$ 2000 pro Person) wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bei Ulu Machan, Kanowit, haben die Bewohner des Gebietes 4 Traktoren festgehalten, um eine Abholzungsfirma vom Holzeinschlag in ihren traditionellen Stammesland abzuhalten. Sie übergaben die Traktoren der Polizei, nachdem ihnen zugesichert

gelassen. Hintergrund sind die zahlreichen Aktionen und Blockaden gegen den Holzeinschlag von überwiegend Ibans und einigen Baketans in den letzten 2-3 Jahren im Sangan Tatu Gebiet. Sie hatten 1989 beschlossen ihre traditionellen Landrechte zu verteidigen.

Bei Long Anap, Baram, verhaftete die Polizei am 13.4. 16 Kenyahs in ihren Langhäusern. Ihnen wird Diebstahl und Landfriedensbruch vorgeworfen, weil sie 2 Traktoren einer Abholzungsfirma, die auf ihrem Land eingesetzt wurden, an der Weiterarbeit hinderten.

vgl. Panchar Penemu No.11 May 1991, S. 2ff

würde, um die einheimische Holzverarbeitende Industrie zu beliefern. Es habe nichts mit Politik zu tun, sondern der Regierung gehe es um die Sicherung der Holzreserven des Landes.

Der Landeshausalt Sabahs wird zu einem erheblichen Anteil aus dem Holzexport und den Abholzungslizenzen finanziert. 1990 waren es allein M\$ 850 Mio. bei einem Exportvolumen von 8 Mio. Kubikmeter Holz, davon 60% in Form von unverarbeiteten Holzstämmen. Frühere Anforderungen der Bundesregie-

rung, den Holzexport zu reduzieren, wurden von der Landesregierung mit der Begründung abgelehnt, daß damit für den Landeshausalt wichtige Einnahmequellen verloren gingen und wichtige sozioökonomische Entwicklungsprojekte nicht durchgeführt werden könnten. Eine Einschränkung könne nur dann vorgenommen werden, wenn Sabah dafür entsprechende Ausgleichszahlungen für die Einnahmeeinbußen erhalten würde.

vgl. Panchar Penemu No.10, März 1991, S.11